



22.11.2006

---

# Afghanistan

## Zur aktuellen Lage (Stand 31. Oktober 2006)

---

### 1. Die politische Lage

#### 1.1. Schwache Regierung

Die Regierung von Präsident Karzai hat seit der letzten Lageeinschätzung<sup>1</sup> sowohl an Ansehen wie auch an Einfluss eingebüsst: Der Aufbau der afghanischen Nationalarmee und der Polizeikräfte kommt weiterhin nur schleppend voran, wobei die Letzteren einen schlechten Ruf geniessen. Ebenso stagniert das Entwaffnungsprogramm. Ausserhalb der Region von Kabul besitzt die Regierung kaum eine effiziente staatliche Ordnungsgewalt. Dort bleibt der Einfluss von lokalen und regionalen Kommandanten entscheidend, die über eigene, meist gut bezahlte Milizen verfügen. Die meisten Kriegsherren verhalten sich jedoch immer noch loyal zur Zentralregierung. Die Akzeptanz Karzais bleibt im Wesentlichen auf seine Rolle als Beschaffer von Hilfsgeldern aus dem Westen beschränkt. Wegen Ineffizienz und Korruption haben die ärmsten Schichten bisher nur wenig von der internationalen Hilfe profitieren können. Denn nur gerade etwa drei Prozent der Entwicklungsgelder finden den Weg bis zur Basisbevölkerung. Es bildet sich zunehmend eine Zweiklassengesellschaft heraus, bei der eine an westlichen Standards orientierte "moderne" und "reiche" Gesellschaftsschicht einer grossen "traditionalistischen" Schicht der Armen gegenübersteht, wobei Letztere ein potentielles Rekrutierungsfeld für diejenigen Kräfte darstellt, die sich gegen die 'westlichen Besatzer' richten.<sup>2</sup>

Karzai versucht daher, diese Kreise mit Rückgriffen auf traditionelle Werte für sich zu gewinnen. So unterstützte er etwa die Idee zur Einführung einer 'Abteilung für die Pflege der guten Sitten und Verhütung von Lastern', welche exakt der Religionspolizei zu Zeiten der Mujaheidin und später in verschärfter Form auch der Taliban entspricht.<sup>3</sup> Trotz seiner Einbindungspolitik ist es Karzai bisher aber nicht gelungen, den sich ausbreitenden bewaffneten Widerstand der Taliban im Süden und Südosten des Landes (siehe Kapitel 2.) wirksam einzudämmen. Er versucht dies nun mit der Einberufung einer grossen Jirga (Versammlung) der Paschtunenstämme aus Afghanistan und Pakistan zu erreichen.<sup>4</sup> Diese Idee wird jedoch selbst von Regierungsmitgliedern eher skeptisch beurteilt.

Ein weiteres ungelöstes Problemfeld bleibt der Drogenanbau, der nach Schätzung des UN Office on Drugs and Crime allein in diesem Jahr eine Rekordzuwachsrate von fast 60 Pro-

---

<sup>1</sup> BFM. Focus Afghanistan. Zur aktuellen Lage (Stand 22. März 2006). Bern. 31.3.2006.

<sup>2</sup> SÜDASIEN. Nr. 2-3/2006. S. 88. Bonn. 25.9.2006.

<sup>3</sup> Neue Zürcher Zeitung. Zürich. 31.8.2006.

<sup>4</sup> [BBC News online](http://www.bbc.com/news/11.10.2006). 11.10.2006.

## Afghanistan: Zur aktuellen Lage

zent erreichen wird.<sup>5</sup>

Auch wenn seine bisherige Leistungsbilanz bescheiden ausfällt, ist gegenwärtig keine variable politische Alternative zu Karzai in Sicht. Er würde daher eine Wiederwahl als Präsident derzeit wohl immer noch schaffen.<sup>6</sup>

### 1.2. Die Rückkehr der Taliban

Die Taliban haben seit den letzten sechs Monaten ihre Aktivitäten massiv verstärkt und befinden sich offensichtlich auf Expansionskurs: Sie haben inzwischen ihren Einfluss auf die meisten Gebiete in der südlichen Landeshälfte sowie auf einzelne Distrikte im Norden ausgedehnt.<sup>7</sup> Ihr Kerngebiet liegt aber nach wie vor entlang der künstlichen Grenze (Durand Linie) zu Pakistan in den paschtunischen Stammesgebieten.

Die Taliban sind jedoch keine klar strukturierte Bewegung mit einer funktionierenden Befehlshierarchie. Sie sind eher als ein Phänomen beziehungsweise als ein Sammelbegriff für den bewaffneten Widerstand zu begreifen. Zwar gibt es einen Führungsrat (Rahbari Shura) unter dem Vorsitz von Mullah Omar, der den Jihad in Afghanistan koordinieren soll. In der Praxis handelt es sich jedoch um ein Netzwerk verschiedener Akteure, die sich im Einzelnen durchaus opportunistisch verhalten.

Viele Taliban Kommandanten halten sich offenbar im Gebiet von Quetta, der Hauptstadt der pakistanischen Provinz Balutschistan, auf, von wo aus die so genannte 'Quetta Shura' ihre Kampfeinsätze für Kandahar, Uruzgan und Helmand vorbereitet.<sup>8</sup> Weitere Führungsbasen befinden sich in den pakistanischen Stammesgebieten, namentlich in Süd- und Nordwaziristan, von wo aus die Kampfeinsätze in den südöstlich gelegenen Provinzen Afghanistans geleitet werden.

Speziell zu erwähnen sind Jalaluddin Haqqani und dessen Sohn Sirajuddin, die insbesondere in der Provinz Ghazni aktiv sind, sowie Gulbuddin Hekmatyar, Führer seiner eigenen Fraktion der Hizb-e Islami, der vor allem in den Provinzen Nuristan und Kunar operiert, dessen Einfluss aber auch im Laghman, Ghazni und Logar spürbar ist.<sup>9</sup>

Für das Erstarken der Taliban gibt es verschiedene Ursachen, so etwa die Zweckallianz mit den Drogenproduzenten in Helmand oder das allgemein verbreitete Misstrauen der Landbevölkerung gegenüber der Karzai-Regierung (Zentrum-Peripherie Konflikt) beziehungsweise gegenüber dem oft als demütigend empfundenen Import von 'sündhaften' westlichen Wertvorstellungen (Kulturimperialismus).

Eine eigentliche Schlüsselrolle spielt jedoch das Militärregime in Pakistan, das seit jeher mehr oder weniger offen die Taliban protegiert hat, um seine eigenen machstrategischen Interessen in Afghanistan verfolgen zu können.<sup>10</sup> Dieses hat nun mit dem Friedensabkommen in Nordwaziristan sowie dem Ende des Armeeeinsatzes in den Stammesgebieten eine bedeutsame Wende vollzogen, welche den Jihad-Export aus diesem Gebiet wohl eher begünstigen wird.<sup>11</sup> Der pakistanische Staatspräsident Musharraf, der weiterhin als wichtiger

---

<sup>5</sup> [IRIN](#). 4.9.2006.

<sup>6</sup> Tages Anzeiger. Zürich. 28.9.2006.

<sup>7</sup> [Asia Times online](#). 8.9.2006.

<sup>8</sup> International Crisis Group. Countering Afghanistan's Insurgency: No Quick Fixes. Kabul/Brüssel. 2.11.2006.

<sup>9</sup> Die gelegentlichen Vorfälle im Norden werden ebenfalls der Hizb-e Islami von Hekmatyar zugeschrieben, der selber aus Kunduz stammt. International Crisis Group. Countering Afghanistan's Insurgency: No Quick Fixes. Kabul/Brüssel. 2.11.2006.

<sup>10</sup> In einem der BBC zugespielten geheimen Bericht des britischen Verteidigungsministeriums wird der pakistanische Armeegeheimdienst ISI beschuldigt, die Taliban und Al Kaida zumindest indirekt zu unterstützen. [BBC News online](#). 28.9.2006.

<sup>11</sup> Im Friedensabkommen vom 5.9.2006 verpflichten sich die Stammesführer, keine grenzüberschreitenden Kampfhandlungen durchzuführen und keine ausländischen Kämpfer zu beherbergen. Im Gegenzug hat die Armee ihre Gefangenen freigelassen und sich in die Kasernen zurückgezogen. Inzwischen haben die "Pakistanischen Taliban", die durchaus Verbindungen

## Afghanistan: Zur aktuellen Lage

Verbündeter im Kampf gegen den Terrorismus im Geschäft bleibt, betreibt damit ein gefährliches Doppelspiel und gerät selber zunehmend unter Druck von allen Seiten.<sup>12</sup>

### 1.2.1.1. Der Terror breitet sich aus

Gemäss offiziellen Angaben sind innerhalb des letzten Jahres bereits über 4'000 Menschen der Gewalt zum Opfer gefallen. Markant zugenommen haben die Selbstmordanschläge. Allein in diesem Jahr sind bereits über 100 solche Anschläge beziehungsweise Anschlagversuche registriert worden.<sup>13</sup> Ebenso stellt die wachsende Zahl ferngezündeter Strassenbomben eine ernsthafte Herausforderung dar. Dabei sind etwa 85 Prozent der Terroropfer Zivilisten.<sup>14</sup> Die Aufständischen nehmen aber durchaus gezielt Vertreter des Staates sowie staatliche Einrichtungen ins Visier. So fielen etwa im September 2006 die Frauenbeauftragte der Provinz Kandahar sowie der Provinzgouverneur von Paktia Mordanschlägen zum Opfer. Auch mussten im Süden bereits über 300 Schulen geschlossen werden.<sup>15</sup> Ein Teil der Aufständischen ist offenbar im Irak für den städtischen Guerillakampf ausgebildet worden. Ebenso weist das verbesserte Waffenarsenal auf eine externe Unterstützung hin. Laut einem UN Bericht sind die Taliban weiterhin eng mit Al Kaida verbunden.<sup>16</sup> Mit ihrem Terror gelingt es den Aufständischen, Angst und Schrecken auch in Gebieten zu verbreiten, wo ihre effektive Präsenz nur schwach ist. Ob aber diese rein destruktive Taktik auf die Dauer zum Erfolg führen wird, lässt sich bezweifeln.

### 1.3. Ausdehnung des NATO-Einsatzes

Die ISAF hat am 31. Juli 2006 ihren Einsatzraum in den Süden und am 5. Oktober 2006 auch in den Osten ausgedehnt. Damit ist sie nun für das ganze Land zuständig und übernimmt auch die Verantwortung für sämtliche regionalen Wiederaufbauteams.<sup>17</sup> Dafür wurden die Truppenbestände der ISAF auf derzeit etwa 31'000 Soldaten erhöht.<sup>18</sup> Dies vor allem durch die Übernahme von etwa 12'000 US-Soldaten aus den Beständen der Operation Enduring Freedom (OEF). Die NATO-geführte ISAF und die US-geführte OEF, die einen Bestand von derzeit noch etwa 8'000 Soldaten aufweist,<sup>19</sup> bleiben äusserlich zwar getrennte Operationseinheiten, sollen aber auf Führungsebene eng vernetzt werden. Es ist vorgesehen, dass ein amerikanischer Viersternegeneral die Kontrolle über beide Einheiten übernehmen wird.<sup>20</sup>

#### 1.3.1.1. Vor einer schwierigen Bewährungsprobe

Die NATO ist von der Heftigkeit des bewaffneten Widerstandes im Süden offensichtlich überrascht worden.<sup>21</sup> Sie sieht sich dabei mit einer offenen Kriegssituation konfrontiert, welche die vorgesehene Friedenssicherung und den Wiederaufbau ernsthaft in Frage stellt. Kritische Stimmen, so etwa die des deutschen Botschafters in Kabul, sehen den Süden bereits als verloren an und warnen vor einem möglichen Fiasko in Afghanistan.<sup>22</sup>

Die NATO-Führung zeigt sich hingegen zuversichtlich, dass sie ihren Auftrag in Afghanistan

---

zur Al Kaida unterhalten, die Kontrolle in Nordwaziristan übernommen. [BBC News online](#). 27.9.2006.

<sup>12</sup> The Economist. London. 30.9.2006.

<sup>13</sup> International Crisis Group. Countering Afghanistan's Insurgency: No Quick Fixes. Kabul/Brüssel. 2.11.2006.

<sup>14</sup> [Asia Times online](#). 12.10.2006.

<sup>15</sup> [IRIN](#). 2.10.2006.

<sup>16</sup> Associated Press. New York. 28.09.2006

<sup>17</sup> Zur Zeit sind insgesamt 23 regionale Wiederaufbauteams in Afghanistan tätig. Die NATO/ISAF übernimmt nun auch die zehn bisher von der OEF geführten PRTs im Süden und Osten des Landes. [www.nato.int/issues/afghanistan/index.html](http://www.nato.int/issues/afghanistan/index.html). 10.10.2006.

<sup>18</sup> Für die Auflistung der aktuellen Truppenbestände nach den einzelnen Länderkontingenten siehe: Associated Press. New York. 5.10.2006 (Artis L06ER1587).

<sup>19</sup> [BBC News online](#). 5.10.2006

<sup>20</sup> Associated Press. New York. 26.9.2006.

<sup>21</sup> Neue Zürcher Zeitung. Zürich. 8.9.2006.

<sup>22</sup> [Der Spiegel online](#). 28.9.2006

## Afghanistan: Zur aktuellen Lage

erfüllen werde. Sie verweist dabei auf die schwere Niederlage, welche die ISAF den Taliban im September 2006 in der Provinz Kandahar zugefügt hat.<sup>23</sup> Gleichzeitig verlangt sie aber von den Bündnispartnern eine zusätzliche Unterstützung, um ihre mobile Einsatzfähigkeit zu verbessern. Insbesondere werden Spanien, Italien und Deutschland gedrängt, die Last im südlichen Teil des Landes mitzutragen.<sup>24</sup> Dabei ist sich die NATO-Führung durchaus bewusst, dass in diesem asymmetrischen Krieg nicht die militärische Überlegenheit der entscheidende Faktor sein wird, sondern dass es in erster Linie darum geht, das Vertrauen der Bevölkerung (zurück) zu gewinnen. Tatsächlich steht der NATO-Einsatz vor einer kritischen Phase: Gemäss dem Oberbefehlshaber der ISAF, General David Richards, könnten nämlich 70 Prozent der Afghanen die Seiten wechseln, falls es in den nächsten sechs Monaten nicht gelingt, konkrete und sichtbare Verbesserungen für die Bevölkerung zu erreichen.<sup>25</sup>

Auf jeden Fall wird sich die NATO langfristig und mit zusätzlichen Mitteln sowie einer angepassten Strategie engagieren müssen, wenn sie das Land einigermaßen erfolgreich stabilisieren will.

## 2. Die Sicherheitslage

Die generelle Sicherheitslage hat sich seit der Frühlingsoffensive der Taliban im April 2006 verschlechtert. Die Konfliktzone hat sich weiter in die westlichen Provinzen von Ghor und Nimroz sowie in das südliche Gebiet von Day Kundi ausgebreitet. Ebenso sind die Aufständischen bestrebt, in die Provinzen Wardak und Logar vorzudringen, von wo aus sie vermehrt terroristische Aktionen gegen Kabul starten könnten.<sup>26</sup>

Allerdings bestehen in Bezug auf die Sicherheitslage weiterhin erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen, wobei sich die örtliche Situation unter Umständen schnell verändern kann. Wie schon in Kapitel 1.2 dargelegt, muss die Sicherheitslage aus unserer Sicht insbesondere in der südlichen und südöstlichen Landeshälfte als prekär eingestuft werden. Dort ist wegen der Kämpfe und der Dürre die Zahl der intern Vertriebenen wieder angestiegen.<sup>27</sup> In der Nordhälfte, wo durchaus gewisse Entwicklungsfortschritte zu verzeichnen sind, ist die Sicherheitslage lediglich in Teilgebieten der Provinzen Bagdhis, Fayab, Balkh, Baghlan, Kunduz und Badakhsan als problematisch einzustufen (vgl. die nachfolgende Karte zur Sicherheitslage).

### 2.1. Kabul

Als Sitz der Zentralregierung bleibt Kabul ein bevorzugtes Ziel von Terroranschlägen. Seit den spontanen Unruhen im Mai 2006 hat sich die Stimmungslage in der Hauptstadt spürbar verändert, und es herrscht unter der Bevölkerung eine gewisse Beunruhigung. Kabul gilt aber immer noch als relativ sicher. Das grösste Problem bleibt die Übervölkerung der Stadt durch die Zuwanderung. So macht etwa das Quartier, in dem sich die meisten Hazara-Rückkehrer aus dem Iran niedergelassen haben, einen "höchst erbärmlichen Eindruck". Eine ethnisch motivierte Verfolgung von Hazaras gibt es in Kabul hingegen nicht.

### 2.2. Das Hazarajat

Die Sicherheitslage im Hazarajat wird im Landesvergleich übereinstimmend positiv beurteilt. Die Kernprovinz Bamyán gilt nach wie vor als eines der sichersten Gebiete des Landes.<sup>28</sup>

---

<sup>23</sup> Die ISAF hat in der Militäroperation 'Medusa' die Taliban aus den beiden Distrikten Panjwayi und Zhari vertrieben und dabei nach eigenen Angaben über 1'000 Aufständische getötet. Agence France Presse. Paris 20.9.2006.

<sup>24</sup> Financial Times Deutschland. Hamburg. 29.9.2006.

<sup>25</sup> [BBC News online](#), 8.10.2006.

<sup>26</sup> International Crisis Group. Countering Afghanistan's Insurgency: No Quick Fixes. Kabul/Brüssel. 2.11.2006.

<sup>27</sup> Gemäss UNHCR sind in diesem Jahr wegen der Dürre und wegen der zunehmenden Gewalt im Süden insgesamt etwa 200'000 Menschen vertrieben worden. Schweizerische Depe-schenagentur. Bern. 4.10.2006.

<sup>28</sup> Süddeutsche Zeitung. München. 11.10.2006.

## Afghanistan: Zur aktuellen Lage

Allerdings bleiben die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven in der abgelegenen Provinz sehr limitiert. Zudem fühlt sich die Bevölkerung von der Zentralregierung weitgehend vernachlässigt, so dass der verbreitete Unmut zu einer Radikalisierung der Hazaras führen könnte.<sup>29</sup> Hazaras, die aus dem Irak nach Afghanistan zurückkehren, begeben sich in der Regel nicht in das Hazarajat, sondern nach Kabul oder in eine andere Stadt. Im Hauptgebiet des Hazarajat gibt es neben der üblichen Kriminalität auch einzelne bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den Hazaras und den nomadisierenden Kuchi um die Landbesetzung. Die Taliban sind hingegen nicht präsent. Deren Vordringen in der Provinz Day Kundi löst jedoch eine zunehmende Beunruhigung aus. Tatsächlich verschlechtert sich die Lage im südlichen Hazarajat zusehends, so etwa im Distrikt Jaghori, wo die Zentralregierung einen ehemaligen Kriegsverbrecher als lokalen Gouverneur eingesetzt hat.<sup>30</sup>

---

<sup>29</sup> [Asia Times online](#), 4.10.2006.

<sup>30</sup> Das Hazarajat wird mehrheitlich von Gefolgsleuten von Karim Khalili beherrscht, der eng mit Karzai verbunden ist. Diese sind jedoch in der Bevölkerung nicht sehr populär.

## Afghanistan: Zur aktuellen Lage

### **Schrankenerklärung**

Das vorliegende Produkt wurde von der Sektion Migrations- und Länderanalysen MILA des Schweizerischen Bundesamtes für Migration (BFM) erstellt. Der Inhalt basiert grundsätzlich auf öffentlichen Informationsquellen, welche mit grösstmöglicher wissenschaftlicher Sorgfalt recherchiert, ausgewertet und aufbereitet worden sind. Kein Produkt der Sektion MILA erhebt den Anspruch, ein erschöpfendes Bild zu einem bestimmten Land oder zu einer bestimmten Fragestellung zu vermitteln. Es lassen sich daraus weder die Asylrelevanz eines individuellen Vorbringens noch ein allfälliger Flüchtlingsstatus ableiten. Auch lassen sich überholte, unvollständige, unpräzise oder unkorrekte Angaben nicht in allen Fällen ausschliessen. Die Berücksichtigung von nicht amtlichen Quellen verleiht diesen keinen amtlichen Charakter. Das vorliegende Dokument kann nicht als politische Stellungnahme seitens der Schweiz oder deren Behörden gewertet werden.

### **Clauses limitatives**

Le présent document a été élaboré par la Section Analyse sur la Migration et les Pays MILA de l'Office Fédéral des Migrations (ODM) en Suisse. En principe son contenu repose sur des informations publiques. Celles-ci ont été recherchées, exploitées et présentées le plus scrupuleusement possible du point de vue scientifique. Les documents de la Section MILA ne prétendent pas donner une image exhaustive des pays traités ou apporter une réponse définitive aux thèmes abordés. De même, ils ne permettent pas de déduire si les arguments invoqués par une personne sont déterminants pour l'octroi de l'asile, ni si le statut de réfugié doit être accordé à cette dernière. En outre, des données dépassées, incomplètes, imprécises ou incorrectes ne sont pas totalement exclues. A noter que l'utilisation de sources non administratives ne leur confère pas pour autant un caractère officiel. Enfin, le présent document ne peut pas être considéré comme une prise de position politique de la Suisse ou de ses autorités.

### **Disclaimer**

The product at issue has been compiled by the Migration and Country Analysis Section (MILA) of the Swiss Federal Office for Migration (FOM). In principle the contents are based on public sources. All the information provided has been researched, evaluated and processed with utmost care. No product of the MILA Section claims to provide an exhaustive picture of a certain country or a particular matter. Nor may conclusions be drawn from it as to the merits of any claim to refugee status or asylum. Outdated, incomplete, inaccurate or incorrect information cannot be ruled out. The consideration of non-official sources does not endow these with official character. The present document is not a political statement on the part of Switzerland or its authorities.